



**Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen
Johannes – Rau – Platz 1
42275 Wuppertal**

Wuppertal, 07.05.2019

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Bauen,

in der Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg am 02. Mai 2019 wurde die Offenlegung der 103. Flächennutzungsplanänderung und des Bebauungsplans 1230 zum Maßregelvollzug auf der „Kleinen Höhe“ beraten. Bekanntermaßen bestehen in dieser Frage grundsätzliche Differenzen zwischen Stadtverwaltung und der Mehrheit des Rates auf der einen, sowie der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg und der örtlichen Bürgerinitiative auf der anderen Seite.

Auch wenn sich an der Bewertung der oben genannten Pläne durch die Bezirksvertretung nichts geändert hat, so wurde in der Sitzung auch durch Wortbeiträge der anwesenden Bürgerinnen und Bürger jedoch deutlich, dass viele sich mit der Fülle an Planungsunterlagen und Gutachten sowohl in der Menge als auch inhaltlich überfordert fühlen. Hierfür haben die Mitglieder der Bezirksvertretung Verständnis.

Gemeinsam wurde daher von allen Fraktionen und Einzelvertretern empfohlen, die Offenlegung der Pläne zu verschieben, um der Stadtverwaltung Gelegenheit zu geben, eine weitere Informationsveranstaltung zu organisieren. In dieser sollen den Bürgerinnen und Bürgern die Gesamtheit der Planungsunterlagen erneut erläutert und Fragen beantwortet werden. Damit würde die Wuppertaler Stadtpolitik ihrem Anspruch gerecht, den sie zu Beginn des Verfahrens aufgestellt hat, nämlich das gesamte Verfahren mit Bürgerinformationen zu begleiten, die über das vorgeschriebene gesetzliche Maß hinausgehen.

Am 09. Mai 2019 werden Sie nun in der Ausschusssitzung über die Offenlegung der beiden Pläne entscheiden. Entgegen anderslautender Äußerungen möchten wir Sie im Interesse aller interessierten Bürgerinnen und Bürgern bitten, den Empfehlungen der Bezirksvertretung zu folgen und weitere Bürgerinformation zu beschließen und zu ermöglichen. Gemeinsam mit dem Land NRW aufgestellte Zeitpläne wurden in der Vergangenheit bereits nicht eingehalten und überarbeitet, sodass dies keinen grundsätzlichen Hinderungsgrund darstellen kann.

Der Hinweis auf die grundsätzliche Möglichkeit einer Eingabe während der Offenlegungsphase ist zwar inhaltlich korrekt, ersetzt aber nicht den ausführlichen Dialog zwischen den Beteiligten, gerade bei der Fülle der vorliegenden Unterlagen. In diesem Sinne möchten wir Sie bitten, dem berechtigten Wunsch aus der Bürgerschaft nach mehr Informationen nachzukommen.

Freundliche Grüße

Gabriela Ebert, Bezirksbürgermeisterin

Yannick Bartsch, Vorsitzender der SPD-Fraktion

Hans-Joachim Lüppken, 1. stellv. Bezirksbürgermeister

Eva Rösener, Vorsitzende der CDU-Fraktion

Christian Limbach, 2. stellv. Bezirksbürgermeister

Cornelia Krieger, Vorsitzender der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Sascha Todtenhausen, FDP

Werner Gilfert, DCW

Petra Mahmoudi, Die Linke

